



Martin Häusling, Mitglied des Europäischen Parlaments, Agrarsprecher Greens/EFA

MERCOSUR¹-Freihandelsabkommen - Kein Kuh-Handel mit Südamerika

Was lange währt muss nicht gut werden...

Seit 16 Jahren verhandeln Mercosur und EU ein Freihandelsabkommen. EU-Mercosur wäre der größte Deal, den die EU je abgeschlossen hat. Die Mercosur-Länder exportieren 6-mal so viel wie Kanada. Insofern hat das Mercosur-Abkommen einen viel größeren Umfang als zum Beispiel CETA. Hinsichtlich des Verbraucherschutzes sind – genau wie bei CETA – die sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse der Knackpunkt. Dazu gehören Normen und Standards im Bereich Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutz, beispielsweise ein Importverbot von hormonbelastetem Fleisch oder die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln. Genau diese nichttarifären Handelshemmnisse haben die WTO-Verhandlungen immer wieder scheitern lassen.

Der Mercosur-Block exportiert hauptsächlich Agrarprodukte und Rohstoffe, während die EU vor allem Maschinen und Chemikalien nach Südamerika liefert. Einer der größten Stolpersteine bei den Verhandlungen war von Beginn an die Landwirtschaft. Die starken Agrarproduzenten des Mercosur drängen auf die EU-Märkte und stören sich an den hohen Subventionen für Europas Bauern, während diese eine Erhöhung der Importe von Landwirtschaftsgütern aus Südamerika zu Recht als existenzielle Bedrohung sehen. Auf der anderen Seite ist die Zurückhaltung des Mercosur-Blocks gegenüber der Liberalisierung des verarbeitenden Gewerbes hauptsächlich auf die geringe Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrie zurückzuführen.

In einer 2011 angenommenen Entschließung forderte das Europäische Parlament die Kommission auf, eine detaillierte Folgenabschätzung der Öffnung der EU-Agrarmärkte für den Mercosur-Handelsblock vorzulegen. Eine daraufhin von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie des Joint Research Centers von 2011, ergab zum Teil sehr negative zu erwartende Auswirkungen auf den europäischen Rindfleischsektor. Unter dem Druck Frankreichs und zwölf weiterer EU-Länder, darunter Irland und Polen, wurden umstrittene Agrarprodukte wie Rindfleisch und Ethanol in das Marktzugangs-Angebot der EU vom Mai 2016 nicht aufgenommen.

Davon ist jetzt keine Rede mehr. Das letzte Angebot lautete 100.000 Tonnen zollfreier Import von Rindfleisch in die EU. Doch der „Gammelfleischskandal“ in Brasilien hat gezeigt, wie wenig wir in Europa davor geschützt sind, dass solcherlei Ware auch zu uns kommt.

Was steht für den europäischen und lateinamerikanischen Lebensmittelsektor sowie für Mensch, Tier, Umwelt und Klima auf dem Spiel?

Das, was hier ausgedeutet werden soll, wird nicht ohne fatale Folgen für Teile der europäischen Landwirtschaft sowie für die Natur und Menschen in Südamerika bleiben. Wenn mindestens 100.000

1

(MERCOSUR = südamerikanischer Staatenbund aus Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und Venezuela. Aktuell ist Venezuela ausgeschlossen, Bolivien befindet sich im Prozess der Assoziierung)



Tonnen oder mehr Rindfleisch zusätzlich zollfrei auf den EU-Markt kommen, dann steht hierzulande die besonders klimaschonende Weidehaltung von Rindern vor dem Aus, während in Südamerika weiterer Regen- und Trockenwälder gerodet und Menschen vertrieben werden. Ein Abkommen mit solchen Inhalten tritt die Natur mit Füßen, missachtet die Rechte der Bauern hierzulande, aber auch die der indigenen, unterdrückten Bauern in Südamerika. Darüber hinaus widerspricht ein solcher Deal, der Abholzung verstärkt und klimaschonende Praktiken in Europa (und der Schweiz) erschwert dem Klimaabkommen von Paris.

Für Europa bedeutet der Mercosur-Deal eine Flutung der Märkte mit Gentec-Soja, mit Agro-Sprit sowie mit Fleisch zweifelhafter Herkunft und Qualität. Denn das, was an Rindfleisch in Südamerika produziert wird, ist schon lange kein Weidefleisch mehr, sondern kommt aus sogenannten Feedlots - und das ist schlicht Massentierhaltung wie bei uns – nur ohne Dach.

Für die Mercosur-Staaten kann es nicht wünschenswert sein, wenn die traditionellen Strukturen im bilateralen Verhältnis verfestigt werden. Die Rolle des Mercosur-Blocks als Exporteur von Rohstoffen der Landwirtschaft und des Bergbaus (auf Kosten von Menschen und Umwelt) würde bei jetzigem Verhandlungsstand beibehalten, auch wenn partiell die Erzielung höherer Wertschöpfungsanteile, etwa beim Export von Biotreibstoffen, möglich wäre (auch dies auf Kosten der Umwelt). Die EU dürfte aufgrund ihrer steigenden Exporte von Industriegütern - insgesamt - mit größeren Vorteilen abschneiden.

Wir würde ein faires Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten aussehen?

Im Hinblick auf die allseits anerkannten globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs), müssen Handelsverträge sich grundsätzlich darum bemühen, Arbeitsrechts-, Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherstands auf beiden Seiten auf möglichst hohem Niveau anzugleichen. Ressourcen- und Gesundheitsschutz sowie Menschenrechte werden in der Freihandelslogik nach wie vor als Handelshemmnisse angesehen, die nur Kosten verursachen und nicht als erstrebenswerte Basics für fairen Handel und Zukunftssicherung, weshalb es sie zu drücken gilt. Das müsste sich dringend ändern. Abgesehen davon macht es bei bestimmten Produkten einfach keinen Sinn, sie über Ozeane zu schippern. Rindfleisch gehört ganz sicher dazu.

Die Aushandlung und der Abschluss eines Freihandelsabkommens, wie des geplanten EU-Mercosur-Abkommens, sollte grundsätzlich erst dann eine Option sein, wenn die sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Risiken bereits im Voraus identifiziert und Maßnahmen zu ihrer Eindämmung getroffen wurden. Erst wenn sichergestellt ist, dass das Assoziationsabkommen soziale Rechte sowie die Durchsetzung internationaler Menschenrechts-, Arbeits- und Umweltnormen stärkt, sollte es zum Abschluss kommen.

Darüber hinaus muss der ganze Verhandlungsprozess von Freihandelsabkommen grundlegend reformiert werden. Verhandlungsdokumente wie Liberalisierungsforderungen und Entwürfe des Vertragstextes müssen offengelegt und allen interessierten Gruppen zugänglich gemacht werden.



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

>> Die Fair-Food Initiative will eine nachhaltige, tierfreundliche Landwirtschaft und regionale Produzenten und Verarbeiter unterstützen. Das ist wichtig und wünschenswert. Die beste Garantie dafür bieten regionale, ökologisch produzierte Lebensmittel. Sie haben erhebliche Vorteile durch eine geringere Belastung von Böden und Wasser, mehr Klimaschutz und deutlich geringere Pestizidbelastungen. Auch beim Tierschutz liefert das Biosiegel den höchsten Standard.

Siehe auch:

<https://www.martin-haeusling.eu/themen/welthandel-und-welternahrung.html>

<http://jose-bove.eu/mercosur-la-commission-europeenne?lang=fr>